



Reden

01.02.2017

Thema: Antrag der Fraktion (FREIE WÄHLER) - Härtere Strafen bei illegalem Welpenhandel

Florian Streibl (FW): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema des illegalen Welpenhandels beschäftigt den Landtag schon seit Langem, und ich fürchte, es wird uns auch weiter beschäftigen. Infolge der vermehrten Kontrollen an unseren Grenzen kommen immer mehr Welpenhandel und Welpenschlepper ans Tageslicht. Die Tiere müssen dann in unseren Tierheimen untergebracht werden, was mit hohen Kosten verbunden ist. Aber das allein ist es nicht; hier wird nach unserer Meinung letztlich auch ein Verbrechen an den Tieren begangen. Sie werden im Alter von zwei bis fünfzehn Wochen von ihrer Mutter getrennt und können eigentlich nicht richtig gepflegt und aufgezogen werden. Die Tiere kommen in erster Linie aus Ungarn, Rumänien und Bulgarien, wo sogenannte Züchter die Muttertiere unter jämmerlichsten Umständen als Gebärmaschinen benutzen, um damit Geld zu machen. Die Tiere werden dann online verkauft und quer durch Europa nach Deutschland, Großbritannien, Belgien und Spanien gekarrt. Hier läuft nach unserer Meinung nicht nur ein skrupelloses Geschäft, sondern auch eine Art organisierte Kriminalität ab. Dahinter steckt eigentlich ein echtes Geschäftsmodell, das auf dem Leid der Tiere aufbaut. Wir sagen, hier muss etwas geschehen. Die Strafen, die bei uns vorgesehen sind, sind ungefähr vergleichbar mit den Strafen für Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr. Zwar gibt es in § 17 des Tierschutzgesetzes einen Straftatbestand; aber er besagt, dass man nur dann etwas machen kann, wenn Welpen andauernd und wiederholt erhebliche Schmerzen und Leid zugefügt werden. Für den reinen Transport kommt dieser Tatbestand nicht zur Geltung. Daher müssen wir anders handeln. Ein Blick nach Österreich kann uns hier die Augen öffnen. Im Jahr 2014 wurde in Österreich ein Paar wegen Welpenhandels und gewerbsmäßigen Betrugs zu zwei Jahren Haft verurteilt. Solche Urteile haben Signalwirkung und sind abschreckend. Ein Bußgeld wirkt nicht abschreckend, sondern das Geschäftsmodell geht weiter. Für den Täter muss aber ein Risiko bestehen. Laut Tierschutzbund werden momentan an unseren Grenzen zwei Transporte pro Monat gestoppt; aber die Dunkelziffer ist wahrscheinlich wesentlich höher. Deswegen fordern wir mit unserem Antrag, dass sich die Staatsregierung auf Bundesebene für einen Straftatbestand des illegalen Tierhandels einsetzt. Das Gesetz muss so geändert werden, dass der illegale Tierhandel in das Strafgesetzbuch aufgenommen wird. Unsere Staatsregierung springt hier zu kurz. Sie macht eine Internetseite, die sie Kampagne nennt und mit "Vernunft statt Mitleid" bezeichnet. Das Geld für die Internetseite hätte man besser den Tierheimen zur Verfügung stellen können, die die beschlagnahmten Tiere aufnehmen müssen. Wenn das alles ist, was die Staatsregierung macht, muss man sich schon fragen, wie es mit Artikel 20 a des Grundgesetzes steht. Unverständlich ist auch, mit welchen Organisationen die Kampagne betrieben wird und mit welchen nicht, zum Beispiel mit dem Tierschutzbund. Der Bayerische Landesverband des Deutschen Tierschutzbundes – ihm sind alle Tierheime angeschlossen – taucht auf der

**BAYERISCHER LANDTAG
ABGEORDNETER
Florian Streibl**



Internetseite nicht auf und ist auch nicht gefragt worden. Ich denke, die Leute, die tagtäglich mit Tieren zu tun haben und sich um diese kümmern, die hier ehrenamtlich und hauptamtlich tätig sind, hätte man in die sogenannte Kampagne einbeziehen sollen. Vielleicht hätte man auf sie auch auf der Internetseite hinweisen und dazu auffordern sollen, sich an das örtliche Tierheim zu wenden, wenn man ein Tier kaufen möchte. Meine Damen und Herren, das Handeln der Staatsregierung ist oberflächlich und beschämend. Der Straftatbestand des illegalen Tierhandels muss aufgenommen werden. Zum Zweiten muss sich die Staatsregierung an den Kosten der Tierheime für die Unterbringung der Tiere beteiligen, die beschlagnahmt werden. Abschließend bleibt mir nur noch ein herzliches Dankeschön und Vergelt's Gott zu sagen, die sich in den Tierheimen für die Tiere und dafür einsetzen, dass dieses schändliche Treiben unterbunden wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)